

# HANDELSKONFLIKT „Unglaublich, was in unserer Branche passiert“

PREMIUM

von Sophie Crocoll, Julian Heißler, Angela Hennersdorf, Max Haerder und Silke Wettach  
26. Februar 2019



Kaltes Gold: Amerikas Öl- und Gasindustrie boomt wieder – und sorgt für neue Jobs.

Bild: Bloomberg/Daniel Acker

**Flüssiggas, Nord Stream 2, Autozölle: Der transatlantische Handelskonflikt eskaliert. Die Wirtschaft wird zum Pfand im geopolitischen Kräftemessens**

Um Genugtuung auszukosten, sollte man sich die nötige Zeit nehmen. Dustin Meyer hält inne und blickt hinaus auf die K-Street, die Lobbyisten-Meile in Washington. Das Weiße Haus

steht nur wenige Blocks, das Kapitol nur einen kurzen Fußweg entfernt. „Wir sind sehr zufrieden“, sagt er schließlich. Womit? „Mit der Unterstützung unserer Regierung.“

Meyer ist Berater beim größten amerikanischen Verband der Öl- und Gasindustrie, API. Er hat gerade News aus Deutschland zur Kenntnis genommen; die Botschaft, die Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) in die [USA](#) gesandt hat: Dass die Bundesrepublik offen sei für den Import von Flüssiggas und in Deutschland nicht nur ein, sondern gleich zwei Terminals entstehen könnten.

Lobbyist Meyer gefällt, was er da hört: Das Land der Energiewende böte ja exzellente Chancen für US-Unternehmen. Ohne die Amerikaner und ihr Flüssiggas könnten die Deutschen den Ausstieg aus Atomkraft und Kohlestrom doch gar nicht stemmen. Gelassen blickt er die Straße runter Richtung Weißes Haus: „Es ist wirklich unglaublich, was in unserer Branche in den vergangenen Jahren alles passiert ist.“

Liquified Natural Gas, kurz LNG, war bis vor Kurzem tatsächlich ein Kürzel nur für Energieinsider. Nun avanciert der fossile Rohstoff zur Munition der Wahl im transatlantischen Handelsstreit. Altmaier hat gerade eigens ein LNG-Branchentreffen zwischen deutschen und US-Unternehmen abgehalten, um die Gemüter seiner amerikanischen Kollegen zu besänftigen. Gleichzeitig zieht auch Brüssel das Thema hoch: Sollte Donald Trump sein Wort brechen und Autozölle einführen, so formulierte es in der vergangenen Woche EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, „werden wir uns an unsere Zusagen, mehr US-Soja und Flüssiggas zu kaufen, auch nicht mehr gebunden fühlen“.

So hängt in dieser geopolitischen Tiefdruckphase gerade alles mit allem zusammen. Atmosphärische Zwischenhochs wechseln sich fast im Tagesrhythmus mit heftigen

Temperaturstürzen ab. Dem LNG-Versprechen Altmaiers folgte der Bericht des US-Handelsministeriums, der deutsche Autos mutmaßlich zum nationalen Sicherheitsrisiko erklärte, auf dem Fuße. Seitdem steht die Bedrohung im Raum, dass Trump doch Autozölle von bis zu 25 Prozent auf europäische Einfuhren erheben könnte. Der Handelskonflikt eskaliert. Und ist noch um eine weitere Dimension reicher: Es geht nun auch um Rohstoffe, Energieversorgung – nicht mehr nur um klassische Industriegüter.



Der Brief von US-Botschafter Richard Grenell an deutsche Firmen, die sich am Bau der russischen Gaspipeline Nord Stream 2 beteiligen, stößt auf massive Kritik. Grenell hatte drei deutschen Unternehmen geschrieben und sie gewarnt, „dass Firmen, die sich im russischen Energieexport-Pipeline-Sektor engagieren, sich an Aktivitäten beteiligen, die ein erhebliches Sanktionsrisiko nach sich ziehen könnten“.

Mit Nord Stream 2 will der Konzern Gazprom Gas direkt von Russland über die Ostsee nach Deutschland transportieren und dabei die Kapazität der ersten Pipeline verdoppeln. Einige europäische Regierungen, aber vor allem die USA kritisieren das Projekt scharf: Deutschland mache sich von Russland abhängig. In Berlin wiederum hört man oft, die USA wolle nur ihr teures Fracking-Gas verkaufen. Was Bundespolitiker zu Grenells Schreiben sagen.



*Sören Bartol, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD*

„Über Fragen der europäischen Energiesicherheit wird in der Europäischen Union und nicht in den USA entschieden. Daher erwarte ich von Herrn Grenell Zurückhaltung.“

„Ich erwarte, dass Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier sich zu dem Projekt Nord Stream 2 bekennt und die europäische Position gegenüber der US-Regierung klar und eindeutig vertritt. Dabei muss natürlich auf die Bedenken unserer europäischen Partner in Polen und der Ukraine eingegangen werden.“



*Michael Theurer, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der FDP*

„Dass Unternehmen direkt angegangen werden ist eine neue Qualität des US-amerikanischen Vorgehens. Insgesamt erleben wir eine Verrohung der politischen Sitten unter Freunden und Partnern, die hier einen neuen traurigen Höhepunkt erlebt.“

„Die Bundesregierung muss verstärkt mit den USA reden. Das betrifft insbesondere den Wirtschaftsminister Altmaier – denn für deutsche Unternehmen steht viel auf dem Spiel. Es geht

auch um das generelle Verhältnis zu den USA: Ein neuer Anlauf für ein Investitionsschutz- und Handelsabkommen wäre überfällig.“



*Kerstin Andreae, wirtschaftspolitische Sprecherin der Grünen*

„Der US-Botschafter fiel schon öfter mit seinen Trump'schen Methoden auf. Hinter der Androhung von Sanktionen stecken nicht etwa echte Sorgen um Europas Sicherheit, sondern eiskalte eigene Wirtschaftsinteressen. Doch sollte es nicht Deutschlands politischer Stil sein, sich provozieren zu lassen.“

„Unabhängig davon halte ich Nord Stream 2 für falsch, aus energie- und europapolitischen Gründen, aber auch weil dadurch beispielsweise Russlands Militäreinsätze in Syrien mitfinanziert werden.“



*Fabio De Masi, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Linken*

„Die Briefe sind eine Drohung und extraterritoriale Sanktionen sind völkerrechtswidrig. Herr Grenell führt sich auf wie ein Haustürverkäufer für Trumps Fracking-Gas.“

„Eine Regierung, die es zulässt, dass der Botschafter eines wichtigen Landes heimischen Unternehmen droht, muss ihn einbestellen, um den Unternehmen auch öffentlich den nötigen Schutz zu signalisieren und die Gepflogenheiten des Gastlandes zu verdeutlichen. Diese Unterwürfigkeit ist keine gute Außenpolitik. Die Bundesregierung muss jetzt verdeutlichen, welche konkreten Maßnahmen sie ergreift, um Unternehmen bei etwaigen Strafmaßnahmen durch die USA zu schützen.“

Bild: GUE/NGL

Für den US-Präsidenten ist der Bericht deshalb hochwillkommen. Autozölle sind sein Hebel, um in den Handelsverhandlungen der EU möglichst breite Zugeständnisse abzupressen: mehr Jobs in Amerika, mehr Exportziele für US-Gas, dazu am besten auch noch eine Rückdrängung Russlands mittels Druck auf die Ostsee-Gasleitung Nord Stream 2.

Deutschland sei „abhängig“ von Russland, schimpft Trump folglich. Die Pipeline, deren Bau die fünf europäischen Energieversorger Uniper und Wintershall aus Deutschland, Engie aus Frankreich, OMV aus Österreich und Shell aus den Niederlanden gemeinsam mit dem russischen Staatskonzern Gazprom finanzieren, nennt er eine „Schande“. Er droht mit Sanktionen, sollten die Europäer das Projekt nicht aufgeben. Gas, das sei „Geopolitik“, macht Gordon Sondland, Trumps EU-Botschafter in Brüssel, unmissverständlich klar.

Nur: Das ist allenfalls die halbe Wahrheit. Beim Gas mischen sich politische und wirtschaftliche Interessen. Die US-Gasindustrie erlebt gerade eine Zeitenwende. Der Erdgasboom in den USA hat die Verhältnisse auf den weltweiten Energiemärkten stark verändert. Jahrzehntlang waren die Amerikaner abhängig vom Ausland, um ihren riesigen Energiehunger zu stillen. Das ist vorbei. Seit mithilfe der Fracking-Methode immer mehr Gasvorkommen erschlossen werden, exportieren die US-Energiekonzerne Flüssiggas in die ganze Welt. Vor allem aber verdankt die Gasbranche diesen Boom ihren stets engsten Kontakten ins Weiße Haus. Ihr Ziel: mittelfristig von Platz sechs zu den

größten LNG-Exporthern Katar und Australien aufzuschließen. Und neben Asien haben sich die Amerikaner vor allem Europa als neuen Absatzmarkt ausgeguckt. Kein Wunder also, dass mehr als zwei Handvoll Energiemanager und ein paar Energiemanagerinnen an einem sonnigen Februarvormittag im mit dunklem Holz getäfelten Eichensaal des Bundeswirtschaftsministeriums sitzen. Ein bisschen sehe das schon aus wie eine gekaufte Veranstaltung, raunt der Vertreter eines deutschen Unternehmens, der Titel der Konferenz zeige das ja schon: „Der LNG-Importmarkt Deutschland: Potenzial und Möglichkeiten“. Ganz so, als hätten die Amerikaner bei den Deutschen eine Brautschau bestellt.

Hausherr Altmaier gibt jedenfalls ganz den dealbereiten Gastgeber. Wenn die Amerikaner in Zukunft Flüssiggas zu wettbewerbsfähigen Preisen liefern könnten, sollte Deutschland Terminals für sie haben. Vor knapp zehn Monaten hatte Altmaier da noch deutlich abweisender geklungen. Jetzt ruft er in die Runde: „Lassen Sie uns übers Geschäft sprechen!“

Altmaier kehrt seine Bemühungen erstens so offensichtlich heraus, weil er Druck ableiten will. Und zweitens, weil in Europa Flüssiggas aus den USA wirtschaftlich bisher noch kaum eine Rolle spielt. Die Europäer beziehen ihr Erdgas aus Norwegen, aus Algerien und vor allem per Leitung aus Russland. Dass diese Beziehung durch den Bau der neuen Ostseepipeline Nord Stream 2 von Russland nach Deutschland künftig sogar noch verstärkt werden soll, empfindet die US-Regierung als Provokation: politisch, aber eben auch wirtschaftlich. Allein in den vergangenen beiden Jahren stieg die Zahl der Jobs in der US-Öl- und -Gasbranche um mehr als 100.000, getrieben vom Gasboom – es sind die von Trump versprochenen Industriearbeitsplätze.

Die Lobbyistenarmee, die deshalb bevorzugten Zugang zum Weißen Haus genießt, wird von Mike Sommers angeführt. Der Chef des Branchenverbandes API diente vorher dem Republikaner und ehemaligen Sprecher des

Repräsentantenhauses, John Boehner, als Stabschef. Mehr als sieben Millionen Dollar pumpte Sommers' Institut allein im vergangenen Jahr in die politische Landschaftspflege.

Solche Finanzkraft zieht weitere hervorragend vernetzte Regierungsinsider an. Gerade kündigte Trumps Exinnenminister Ryan Zinke an, einen Job in einer Lobbyagentur anzutreten. Zinke hatte in seiner Amtszeit zahlreiche geschützte Landstücke für Öl- und Gasbohrungen freigegeben und Umweltstandards gesenkt, bevor er wegen des Vorwurfs der Vorteilsnahme im Amt zurücktreten musste. Sein Interimsnachfolger David Bernhardt arbeitete vor seiner Zeit im Ministerium als Lobbyist für Öl- und Gasunternehmen. Es verwundert daher nicht, dass die Branche fest mit Expansion plant. Neben Platzhirschen wie ExxonMobil und Cheniere Energy wollen auch junge Unternehmen wie Tellurian und Venture Global LNG bald jeweils rund zehn Millionen Tonnen Flüssiggas verschiffen. Die Unternehmen versprechen sich viel von ihren Projekten. Nur drei Jahre nachdem der erste Gastanker von der US-Küste abgelegt hat, wollen die Amerikaner ihren Platz sechs unter den weltweit größten Flüssiggasexporteuren schon bald hinter sich lassen und in diesem Jahr den dritten Platz erreichen.

Angesichts solcher Prognosen spricht nichts dafür, dass Trump in seinem Drängen nachlassen wird. Das scheint auch die Bundesregierung mittlerweile verstanden zu haben. Im Gespräch für ein deutsches Terminal sind jetzt Brunsbüttel, Wilhelmshaven und Stade, wobei den ersteren beiden die größten Chancen ausgerechnet werden. Für Wilhelmshaven hat der Energieversorger Uniper schon einen Vorvertrag über Flüssiggaslieferungen mit dem US-Konzern ExxonMobil vereinbart. Und bei Brunsbüttel gibt sich Schleswig-Holsteins Wirtschaftsminister Bernd Buchholz (FDP) zuversichtlich: Die Terminals in Deutschland müssten sich „langfristig für private Investoren rechnen, aber Förderung durch den Bund würde diese Rechnungen am Anfang vereinfachen“, sagt er. Wer die Energiewende ernst nähme und raus aus der Kohle wolle,

müsse jedenfalls „stärker auf den Energieträger Gas setzen“. Und: „Die außenpolitische Dynamik bei dem Thema, die wir gerade spüren, ist hierfür hilfreich.“

Das ist der springende Punkt: Noch schlagen politische Erwägungen klar die ökonomischen. In Zukunft mag amerikanisches LNG wirtschaftlich konkurrenzfähig sein, in der Gegenwart liegt der besondere Wert der Terminalpläne darin, als Pfand im Handelskrieg zu taugen. Drohende Rückschläge beim Gasexport in Verbindung mit dem steigenden Druck in der Heimat, so das Kalkül in Berlin und Brüssel, könnte Trump von weiterer Eskalation vielleicht doch noch abhalten.

Schließlich gerät der US-Präsident mit seinem Anti-Freihandelskurs immer stärker in die Kritik. „Ich bin sehr besorgt über den Bericht des US-Handelsministeriums, dass Autoimporte die nationale Sicherheit bedrohen sollen“, sagt Terri Sewell, Demokratin und Kongressabgeordnete für den Bundesstaat Alabama, in dem unter anderem der deutsche Autobauer Mercedes sein Werk hat. Alle 24.000 Autoarbeiter in Alabama wüssten, dass ihre Jobs nicht die nationale Sicherheit Amerikas bedrohten, sondern stärkten. „Ich dränge den US-Präsidenten, an seine Leute in Alabama zu denken“, fordert die Demokratin. „Autozölle beschädigen unser Land.“

Auch die US-Autobranche selbst läuft schon Sturm gegen neue Handelsbarrieren. Der mächtige Zusammenschluss der Autobauer in den USA, die Alliance of Automobile Manufacturers, findet klare Worte: Autozölle seien „ein Fehler mit signifikant negativen Auswirkungen für Amerika“. Auf dem Spiel stünde nicht weniger als „Hunderttausende US-Jobs“. Andere sehen gar Menschenleben in Gefahr. Sollten Autofahrer aufgrund höherer Preise ihre Fahrzeuge nicht mehr in Stand halten, „hätte das nicht nur wirtschaftliche Konsequenzen, sondern würde auch Sicherheitsfragen auf den Autobahnen aufwerfen“, sagt Bill Hanvey, Chef des Autoteileverbands Auto Care Association. Soll heißen: Zölle töten. Viel mehr Druck auf das Weiße Haus geht nicht.